

Rückkehr zur Greater Zurich Area: «Keine Firma kommt, weil wir in Taiwan Aargauerfähnli verteilen»

Daniel Vizentini

Industrie- und Handelskammer, Gewerbeverband, FDP und SVP stehen den Plänen des Kantons für Standortförderung kritisch gegenüber.

Der Aargau soll wieder bei der Greater Zurich Area (GZA) mitwirken, gab der Regierungsrat letzte Woche bekannt. Die Vermarktungsorganisation bemüht sich um Standortmarketing im Ausland. Neun Kantone bilden diesen Wirtschaftsgrossraum Zürich, darunter Graubünden und das Tessin. Von 2005 bis 2010 war der Aargau probeweise Mitglied bei der GZA. Er trat aus, weil der Nutzen aus Sicht des Kantons nicht im Verhältnis zu den Kosten stand, wie es damals hiess. In den letzten fünfzehn Jahren habe sich die GZA aber verändert, sie sei heute auf innovative Branchen statt auf Steuern optimierender Unternehmen ausgerichtet, habe mehr Erfahrung und sei besser vernetzt, sagt der Regierungsrat. Man habe viele Alternativen geprüft, um die Stellung des Aargaus als Wirtschaftsstandort im internationalen Wettbewerb zu stärken. Ein Mitwirken bei der GZA habe sich als die «effektivste Massnahme» gezeigt. Der Regierungsrat erhofft sich dadurch mehr Ansiedlungen von wertschöpfungsstarken Firmen aus dem Ausland.

Handelskammer kritisiert die hohen Kosten. Verbände und Parteien aus dem Mittlerechts-Spektrum sehen eine erneute Mitgliedschaft bei der GZA aber kritisch. Die Aargauische

Industrie- und Handelskammer (AIHK) wird an der offiziellen Anhörung teilnehmen. Auf Anfrage schätzt Direktor Beat Bechtold die Situation differenziert ein.

«Wir begrüssen, dass sich der Kanton aktiv um die Neuansiedlung von Unternehmen kümmern will und dabei auch über die Landesgrenzen schaut», sagt er. «Die Kosten sind aber relativ hoch, und mit dem Beitritt zur GZA ist die Schaffung zweier Arbeitsstellen verbunden. Dabei müsste eine Mitgliedschaft doch entlastend wirken.» Für die Teilnahme an der GZA während acht Jahren beantragt der Aargauer Regierungsrat einen Kredit von 11,6 Millionen Franken. Zudem habe der Kanton bereits eine gut dotierte Wirtschaftsförderung und der Aargau gute private Wirtschaftsverbände, so Beat Bechtold. Einem Beitritt zur GZA stellt er sich per se nicht in den Weg, plädiert aber dafür, dass der Aargau nach fünf Jahren Bilanz zieht und schaut, ob die Mitgliedschaft wirklich einen Mehrwert gebracht hat. Wichtiger, als bei einer Organisation wie der GZA dabei zu sein, seien gute Rahmenbedingungen für die Unternehmen. Beat Bechtold nennt tiefere Steuern oder weniger Bürokratie. «Bestandspflege ist genauso wichtig wie das Bemühen um Neuansiedlungen. Das darf man nicht vergessen.» Den Unternehmen, die

bereits im Aargau sind, sei Sorge zu tragen.

Auch der Aargauische Gewerbeverband (AGV) will sich erst später offiziell äussern. Präsident Benjamin Giezendanner gibt aber schon mal «die Gefühlslage des AGV» an, wie er sagt. So wolle der Regierungsrat «neue Prestigeprojekte» fördern, statt die Sorgen der Unternehmen ernst zu nehmen und regulatorische Auflagen zu reduzieren.

«Erst vor zirka zwei Jahren wurde das Programm Hightech Aargau implementiert, was als Substitut für die GZA durch alt Regierungsrat Urs Hofmann lanciert wurde», erinnert er. Mit dem Beitritt zur GZA würde die Hightech-Strategie «zum Komplementärgut» degradiert. Giezendanners Parteikollege und SVP-Fraktionschef im Grosse Rat, Pascal Furer, findet klare Worte: «Die SVP lehnt die Geldverschwendung bezüglich Greater Zurich Area weiterhin ab. Die Testmitgliedschaft hat bereits gezeigt, dass es nichts bringt.» «Standortförderung betreibe man durch die Schaffung guter Rahmenbedingungen. Es ist völlig weltfremd, zu glauben, irgendeine Firma komme zu uns, weil wir an einer Gewerbeausstellung in Taiwan Aargauerfähnli verteilen.»

FDP: Allenfalls das eigene Standortmarketing aufgeben



Für die FDP, die sich schon für eine Auslagerung des Hightech-Zentrums ausgesprochen hatte, sagt Fraktionspräsident Silvan Hilfiker: Einen Beitritt zur GZA beurteile die Partei grundsätzlich kritisch. «Nicht ohne Grund ist der Aargau nach der Probemitgliedschaft wieder ausgetreten.»

Die FDP verschliesse sich aber nicht einer genauen Prüfung des Beitritts unter den aktuellen Rahmenbedingungen. «Eine solche Prüfung muss aber zwingend im Sinn einer Gesamtschau in Sachen Standortmarketing erfolgen.» Dies könnte zur Erkenntnis führen, dass

man mit der eigenen kantonalen Standortförderung aufhört. Derweil will der Kanton Solothurn, seit 2002 mit dabei, wieder aus der Greater Zurich Area austreten. Dies nicht aus Unzufriedenheit, sondern aus Spargründen: Der geplante Austritt gehört zum Sparpaket, das die Solothurner Regierung im letzten Herbst verabschiedet hat und im Dezember vom dortigen Parlament gutgeheissen wurde. 142'457 Franken im Jahr würden durch den Austritt gespart. Als eine Errungenschaft der Greater Zurich Area wird die Ansiedlung des US-Pharmakonzerns Biogen in Luterbach SO vor neun

Jahren verbucht. Dort wird zum Beispiel, bisher weltweit exklusiv, das neue Alzheimermedikament Leqembi hergestellt. Ein Beitritt des Aargaus würde die geografische Lücke zwischen Zürich und Solothurn schliessen. Die Solothurner Regierung überlegt sich nun, doch nicht auszutreten. Eine Aargauer Mitgliedschaft sei ein neuer Aspekt, der berücksichtigt werden müsste, heisst es auf Anfrage. Gegenüber Radio SRF erwähnte Solothurn zudem die Möglichkeit, eine gemeinsame Standortförderung mit dem Aargau aufzugleisen.